

Antragssteller\*innen: Bundessprecher\*innenrat

1 **Solidarität mit verfolgten LGBTIQ\* weltweit, gegen den Rechtsruck in der Asyl- und**  
2 **Migrationspolitik**

3

4 Der Rechtsruck in der Asyl- und Migrationspolitik, wie er insbesondere von SPD und Grünen  
5 getragen wird, bedroht queere Leben. Das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung zur  
6 Rettung von bedrohten Afghan\*innen, mit dem explizit auch LGBTIQ\* geholfen werden  
7 sollte, ist dramatisch gescheitert. Lediglich eine Handvoll Menschen sind unter diesem  
8 Programm nach Deutschland gelangt.

9

10 Auch in anderen Staaten spitzt sich die Bedrohungslage für queere Menschen weiter zu. Die  
11 russische Duma hat zuletzt ein transfeindliches Gesetz gebilligt, das geschlechtsangleichende  
12 Operationen verbietet und die Möglichkeit bietet Ehen zu annullieren und das Sorgerecht für  
13 Kinder zu entziehen. Das Putin-Regime nutzt Queerfeindlichkeit gezielt als Folie, um sich vor  
14 nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine verstärkt als  
15 Kämpfer gegen den „dekadenten Westen“ zu stilisieren. DIE LINKE.queer unterstützt die  
16 Petition *Historische und politische Verantwortung übernehmen: Aufnahmeprogramm für*  
17 *trans\* Menschen öffnen des Quarteera e.V.*, die u.a. ein Aufnahmeprogramm für trans\*  
18 Menschen gemäß § AufenthG sowie die sichere Unterbringung und einen unmittelbaren  
19 Zugang zur Gesundheitsversorgung für die Betroffenen fordert.

20

21 DIE LINKE.queer fordert darüber hinaus, die Einstufung von Moldau und Georgien als sichere  
22 Herkunftsstaaten zurückzunehmen, die jüngst von den Regierungsfractionen und Teilen der  
23 Opposition im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Es ist bedauerlich, dass sich der  
24 Queerbeauftragte der Bundesregierung auch in dieser Frage nicht durchsetzen konnte.

25

26 Vor dem Hintergrund der Verfolgung queerer Menschen in Uganda hat sich mit der *Queeren*  
27 *Nothilfe Uganda* ein breites Bündnis gebildet, dem auch DIE LINKE.queer angehört. DIE  
28 LINKE.queer erneuert in diesem Zusammenhang die Forderung des Bündnisses, ugandischen  
29 Menschenrechtsaktivist\*innen humanitäre Visa zu erteilen und sichere Fluchtwege für  
30 queere Menschen einzurichten, die aus Regionen fliehen müssen.

31

32 DIE LINKE steht für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik: Humanitäre  
33 Visa und sichere Fluchtwege müssen für alle Menschen zugänglich sein, perspektivisch mit  
34 Bezug gesamte Europäische Union. Die Bundesregierung muss sich sehr viel stärker an  
35 den Kosten beteiligen, um eine organisatorische Überforderung in den Kommunen zu  
36 vermeiden.

